Landesverband für körper-
und mehrfachbehinderte Menschen
Schleswig-Holstein e.V.

Boninstr. 3-7
24114 Kiel
Tel.: 0431 I 90 88 99 10
Fax: 0431 I 90 88 99 16
info@lvkm-sh.de
www.lvkm-sh.de

07. Juli 2025, Pressemitteilung:
lvkm-sh: Menschenrechte sind nicht verhandelbar!

Der Landesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen Schleswig-Holstein e.V. bezieht Stellung zur Berichterstattung der Kieler Nachrichten am 03.07.2025 über den „Brandbrief“ von Sozialstaatssekretär Johannes Albig zu den steigenden Kosten der Eingliederungshilfe in Schleswig-Holstein.

Menschen mit Behinderung haben, wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger, das Recht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und es nach ihren individuellen Wünschen zu gestalten. Nicht nur die UN-Behindertenrechtskonvention konkretisiert diesen Anspruch an eine demokratische Gesellschaft, auch das Bundesteilhabegesetz sowie viele weitere Gesetze tragen Sorge für den Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung und ihre uneingeschränkte Teilhabe in allen Lebensbereichen.

So wurde das Recht der Eingliederungshilfe Anfang 2020 bewusst aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe herausgelöst und als eigenes Leistungsrecht im Sozialgesetzbuch IX verankert. Es steht für die Unterstützung von Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen, soll eine individuelle Lebensführung ermöglichen, die der Würde des Menschen entspricht und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft fördert unter verbindlicher Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts bei der Auswahl von Leistungen der Anspruchsberechtigten.

Diese Zeilen lesen sich gut und man möge meinen, wir verfügen über ein funktionierendes System, in dem alle Menschen die Chance haben, von Beginn an gleichberechtigt und selbstbestimmt ihren Alltag zu leben. Dass dies nicht so ist, erfahren wir als Interessen- und Fachverband täglich in unserer Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen. „Was wir, neben vielen anderen Problemanzeigen, wahrnehmen, ist eine Flut von Rückmeldungen über nicht gewährte Leistungen der Eingliederungshilfe“ schildert die Geschäftsführerin Ilka Pfänder. Erwachsene Menschen mit Behinderung sowie Eltern von Kindern mit Behinderung erleben bei der Beantragung ihrer individuellen Leistungen nicht selten einen Spießrutenlauf. „Das beginnt bereits bei dem hohen bürokratischen Aufwand bei der Beantragung von Leistungen, geht in der Regel weiter mit überaus langen Bearbeitungszeiten und führt bedauerlicherweise oftmals nicht zu dem erwarteten Erfolg“ weiß die langjährige Vertreterin des Verbandes.

Die Realität von Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen ist trotz vieler „auf dem Papier bestehender Hilfen“ nicht geprägt von auskömmlichen, niedrigschwelligen Unterstützungen, ganz im Gegenteil müssen sie vollkommen zu Unrecht dafür kämpfen, was ihnen eigentlich per Gesetz zusteht. Und in genau dieser Zeit, in denen die Herausforderungen aufgrund von knappen Ressourcen und Fachkräftemangel immens sind und das Hilfe- und Unterstützungssystem bereits jetzt zum Zerbersten angespannt ist, lesen Betroffene und ihre Familien, dass sie es sind, die mit ihrem individuellen Rechtsanspruch auf ihnen zustehende Leistungen als „Treiber der jüngsten Kostensteigerungen“ betitelt werden. Die Headline „Muss das Land bei Menschen mit Behinderung sparen“ und der Inhalt des Artikels schürt bei Betroffenen Angst. Sich als „Kostentreiber“ und infolgedessen als „Bittsteller“ zu fühlen, führt bei anspruchsberechtigten Menschen nicht selten zu Scham- und Schuldgefühlen.

Die Mutter einer 17jährigen Tochter mit Schwerstmehrfachbehinderung und langjähriges Mitglied beim lvkm-sh fasst nach der Veröffentlichung des Artikels ihre Gefühle wie folgt zusammen:

> *„Es ist schon immer ein Kampf, finanzielle Hilfen von der Eingliederungshilfe zu bekommen. Es ist sehr zeitintensiv und kraftraubend, die Anträge auszufüllen. Insofern überhaupt eine Kostenzusage kommt, dann meist zu spät. Doch gerade ich bin als alleinerziehende Mutter von drei Kindern auf diese finanzielle Unterstützung angewiesen. Ohne diese Leistungen bin ich aufgeschmissen und meine Kräfte schwinden schneller als mir lieb ist. Wenn meine Tochter volljährig ist und ausziehen wird, möchte ich Gewissheit haben, dass sie in eine Wohngruppe ziehen kann und sie dort die Unterstützung erhält, die bei ihrem hohen Assistenzbedarf erforderlich ist. Wenn ich die aktuelle Berichterstattung lese, habe ich Angst vor der Zukunft.“*

Die Idee, mit Hilfe einer externen Analyse objektiv herauszuarbeiten, welche Bereiche des Systems ggf. anders aufgestellt werden könnten, um Kosten zu reduzieren, begrüßt der Landesverband grundsätzlich. Der Verbandsvorsitzende Achim Bölsch wünscht sich jedoch einen vielschichtigen Diskurs, der nicht ausschließlich bei den Leistungsberechtigten ansetzt, sondern insbesondere auch den gewaltigen Verwaltungsapparat hinter dem System und seine Strukturen in Augenschein nimmt. „Sehr gerne stehen wir bei so einem Vorhaben als ‚Experten in eigener Sache‘ zur Verfügung und erörtern mit den Verantwortlichen, wo aus unserer Sicht die Herausforderungen aber auch Chancen liegen.“

Der Fachverband appelliert im Zusammenhang einer etwaigen Analyse eindrücklich, die vielfältigen und individuellen Bedürfnisse und Bedarfe verschiedener Menschen sowie die Grundsätze der UN-Behindertenkonvention, des Bundesteilhabegesetzes sowie weiterer rechtlicher Vorschriften zu berücksichtigen. Mit großer Sorge und Vorsicht äußert sich der Verband zu dem Vorschlag, ambulante Angebote oder sogenannte „Pool-Lösungen“ zur Einsparung von Kosten aus- und andere Leistungsformen im Zuge dessen abzubauen. Gerade Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf benötigen individuelle und passgenaue Hilfen, die in der Regel selten ambulant umgesetzt werden können.

Bereits seit vielen Jahren setzt sich der lvkm-sh für die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung und ihrer Angehörigen in Schleswig-Holstein ein. Im Jahr 2023 haben wir gemeinsam mit anderen Interessenverbänden vor den großen Herausforderungen für die Eingliederungshilfe in Schleswig-Holstein gewarnt, siehe Pressemitteilung „Fachkräftemangel und Rahmenbedingungen in der Eingliederungshilfe: Verbände schlagen Alarm“. Des Weiteren haben wir im Mai vergangenen Jahres aktiv an der Demonstration „Zusammen für soziale Gerechtigkeit“ mitgewirkt und Ministerpräsident Daniel Günther unsere Forderungen als „Masterplan SH“ überreicht.

Unser Verband und der von uns vertretene Personenkreis ist offen für Gespräche und wir würden uns wünschen, getreu des Grundsatzes „Nichts über uns ohne uns“, an dem angekündigten Prozess mitzuwirken – sprechen Sie uns gerne an und kommen Sie auf uns zu!